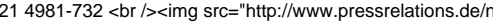




## Inflation: Vorerst keine Gefahr durch expansive Geldpolitik

Inflation: Vorerst keine Gefahr durch expansive Geldpolitik  
Die aktuelle Inflationsrate in Euroraum liegt mit 1,8 Prozent unter jenen 2 Prozent, die sich die Europäische Zentralbank als Obergrenze für den Preisanstieg gesetzt hat. Deshalb gibt es für die Währungshüterin vorerst keinen Grund, von ihrer Niedrigzinspolitik abzuweichen. Die niedrigen Zinsen bergen dennoch Gefahren für die Wirtschaft. Das oberste Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) ist es, die Geldwertstabilität zu wahren. Gemessen wird diese Stabilität anhand des sogenannten harmonisierten Verbraucherpreisindex der Eurozone - er sollte sich mittelfristig um weniger als 2 Prozent pro Jahr erhöhen. Im Februar 2013 lag sein Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat laut Eurostat bei 1,8 Prozent. Das Ziel der Preisstabilität wurde also mühelos erreicht. Auch in naher Zukunft ist nicht mit einer hohen Inflationsrate zu rechnen: Die Prognostiker des Consensus Forecast erwarten für die Jahre 2013 und 2014 nur eine Preissteigerung von 1,8 und 1,7 Prozent in der Europäischen Union, die Prognostiker der EZB rechnen mit jeweils 1,8 Prozent. Es gibt also keinen Grund für die EZB, ihre Zinsen schnellstmöglich zu erhöhen. Zurzeit liegen sie auf einem historischen Tiefstwert von nur noch 0,75 Prozent. Damit und mit ungewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen wie dem Ankauf von Staatsanleihen versucht die EZB gegen die Eurokrise vorzugehen. Die Niedrigzinspolitik hat allerdings Nebenwirkungen - vor allem für Versicherungen und Pensionsfonds: Sie haben ihren Kunden einst eine bestimmte Verzinsung garantiert. Jetzt fällt es ihnen immer schwerer, die Zinsversprechen einzulösen. Bei anderen Finanzmarktakteuren besteht ob der Niedrigzinsen hingegen die Gefahr, dass sie häufiger in riskante Projekte investieren, um eine höhere Rendite zu erzielen. Doch die Niedrigzinspolitik birgt auch Gefahren für die EZB selbst: Nahe der Nullzinsgrenze ist ihr Spielraum für weitere Zinssenkungen begrenzt. Sollte sich die Krise weiter verschärfen, blieben ihr also kaum noch Optionen, um gegenzusteuern. Aus all diesen Gründen macht es Sinn, dass die EZB sich Gedanken macht, wie sie die Niedrigzinsphase beenden kann. So trüge sie auch all jenen Mahnern Rechnung, die Angst haben, dass die Inflation stark ansteigen könnte, sollte die Wirtschaft europaweit wieder Fahrt aufnehmen. Für ihre "Exit-Strategie" sollte die EZB formulieren, entlang welches Pfades sie die Zinsen allmählich erhöhen wird. Dieser Pfad sollte allerdings keine verbindliche Regel, sondern eine Empfehlung an die eigene Zinspolitik bleiben. Denn eins muss beim Handeln der EZB außer Frage stehen: Dass sie auch weiterhin alles innerhalb ihres Mandats Mögliche tun wird, um den Euro zu retten.  
Dr. Markus Demary  
Telefon: 0221 4981-732  


## Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

## Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.